

A N F R A G E von Jörg Kündig (FDP, Gossau), Daniel Schwab (FDP, Zürich) und Peter Vollenweider (FDP, Stäfa)

betreffend Richtlinien Public Corporate Governance

Gestützt auf den Bericht über die Public Corporate Governance hat der Regierungsrat am 29. Januar 2014 Richtlinien über die Corporate Governance verabschiedet und per 1. April 2014 in Kraft gesetzt.

Diese Richtlinien sollen offene Fragen im Bereich der Führung und Kontrolle der Beteiligungen des Kantons klären und eine bessere und transparente Steuerung und Aufsicht durch den Regierungsrat unter der Oberaufsicht des Kantonsrates ermöglichen.

Wichtige Elemente dieser neuen Richtlinien sind Eigentümerstrategien, Leistungsvereinbarungen und Beteiligungscontrolling.

In seiner Medienmitteilung zur Verabschiedung der neuen Richtlinien formulierte der Regierungsrat seine Vorstellungen zum weiteren Vorgehen. Seine Ausführungen blieben allerdings unverbindlich und offen, insbesondere auch was die zeitliche Planung anbelangt.

Deshalb bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung nachstehender Fragen:

1. In welchem zeitlichen Rahmen sieht der Regierungsrat vor, die Eigentümerstrategien und Leistungsvereinbarungen für die zahlreichen Beteiligungen auszuarbeiten, und wie werden diese dem Kantonsrat zur Kenntnis gebracht?
2. Gibt es schon konkrete Vorstellungen bezüglich Beteiligungscontrollings und wie soll dieses ausgestaltet werden? Wenn nein, bis wann soll dieses zentrale Element der Beteiligungssteuerung vorliegen?
3. Insbesondere bei USZ, KSW, der Universität und den Fachhochschulen ist die ABG mit der Oberaufsicht beauftragt. Wie gedenkt der Regierungsrat diese auch inskünftig zu ermöglichen?

Jörg Kündig
Daniel Schwab
Peter Vollenweider